

**Protokoll
der 102. Sitzung des Braunkohlenausschusses des Landes
Brandenburg vom 16.11.2023**

Datum: 16.11.2023
Uhrzeit: 09:00 Uhr bis 11:10 Uhr
Ort: Stadthaus Cottbus, Erich-Kästner-Platz 1
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste (Anlage 1)

Herr Scheufele leitete die Sitzung, da Frau Kircheis erkrankt war.

TOP 1 Begrüßung

Herr Scheufele begrüßte alle Anwesenden zur 102. Sitzung des Braunkohlenausschusses.

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 101. Sitzung am 14.09.2023

Herr Scheufele führte aus, dass es keine Hinweise zum Protokoll der 101. Sitzung gab, unter Top 8 ist noch eine Frage von Herrn Burchardt zu einem Gedenkort für Horno von der LEAG zu beantworten.

Herr Dr. Koch informierte, dass noch in diesem Jahr die Gespräche mit dem Ortsbeirat von Horno wiederaufgenommen werden.

Herr Scheufele stellte das Protokoll zur Abstimmung.

Das Protokoll wurde mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt.

TOP 3 Beschluss Sitzungsplan 2024

Herr Scheufele erkundigte sich nach Ergänzungen zum vorgelegten Arbeitsplan.

Der Entwurf wurde durch Vorschläge von Herrn Kramer und Herrn Loehr ergänzt.

Mit diesen Ergänzungen wurde der Jahresarbeitsplan für 2024 zur Abstimmung gestellt.

Der Jahresarbeitsplan wurde einstimmig beschlossen.

Der Arbeitsplan ist als Anlage 2 im Protokoll enthalten.

TOP 4 Bericht zur Umsetzung des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung im Jahr 2023 und Vorschau auf das Jahr 2024 (LMBV)

Herr Scheufele bat Herrn Richter um seine Ausführungen.

Herr Richter erläuterte anhand der Folien in Anlage 3 die Sanierungsarbeiten im Jahr 2023.

Im Projekt 033 – Tagebaufelder Schlabendorf wurden die Rekultivierungsarbeiten am Restloch A durchgeführt, die Pumpstationen am Restloch F betrieben. Es wurden Filterbrunnen verwahrt. Am Restloch 12 wurde die Wasserhaltung und bedarfsweise die Konditionierung fortgeführt. Für das Restloch 14/15 wurde das Wind-Wellen-Gutachten begonnen, darauf aufbauend erfolgen die Planungen zur Instandsetzung der Marina Schlabendorf. Im Bereich Seese-Ost liegt der Arbeitsschwerpunkt in der schonenden Sprengverdichtung. Im nördlichen Bereich wurden die Gefrierkernbohrungen entnommen. Damit soll der Nachweis erbracht werden, dass dies eine geeignete Technologie ist, um die Kippenflächen stabil zu gestalten. Ende 2024 soll der Bericht der Sachverständigen dazu vorliegen. Dieser wird den Bergämtern in Sachsen und Brandenburg vorgelegt und über die weitere Verfahrensweise entschieden. Weiterhin erfolgte die Verwahrung der Filterbrunnen, die Wasserhaltung am Restloch 1 sowie die Auffüllung und Rekultivierung der Tieflage Nord im Bereich Seese-West.

Im Bereich des Tagebaues Jänschwalde wurde mit der Errichtung des Zulaufgrabens zum Klinger See begonnen, diese Arbeiten dauern noch das ganze Jahr 2024. Die dabei gewonnenen Erdmassen werden für die Auflastschüttung der Straße Grötzsch - Mulknitz verwendet, die Hauptarbeiten erfolgen ebenfalls in 2024. Die Auflastschüttung wird im I. Quartal 2024 abgeschlossen. Im Anschluss daran erfolgt der Rückbau und der Beginn des Straßenbaus. Die Freigabe dieser ist für Ende 2027/Anfang 2028 geplant. Im Projekt 035 – Tagebaufeld Greifenhain lagen die Schwerpunkte in der Oberflächenverdichtung im nördlichen Bereich des Restloches. Nach der Rütteldruckverdichtung (RDV) erfolgte die Fallgewichtsverdichtung (FGV). Am Rutschungskessel südöstlich von Altdöbern wird mittels Rütteldrucktechnik ein sicherer Verdichtungsdamm hergestellt. Nach Abschluss der FGV wird die Böschung noch endgestaltet. In der Ortslage Pritzen wurde der Bereich des ehemaligen Umspannwerkes saniert, im ersten Quartal wird beim Bergamt der Nachweis der Kontaminationsfreiheit angezeigt. Das Restloch Greifenhain hat einen natürlichen Wasseraufgang von 50 bis 80 Zentimeter im Jahr, daher konzentrieren sich die Arbeiten auf diesen Bereich. Ziel ist es, alle notwendigen Sanierungsmaßnahmen ohne kostenintensives Wasserhalten abzuschließen. Derzeit liegt der Wasserstand bei 78,15 m NHN.

Im Restloch Meuro konnte in den Wintermonaten der Wasserstand um ca. 70 Zentimeter angehoben werden. Dieses Wasser wurde mittels Heberleitung im Sommer in den Sedlitzer See gepumpt, um den für die Sanierungsarbeiten notwendigen Wasserstand halten. Weiterhin wurden in diesem Sanierungsbereich Filterbrunnen verwahrt, die Grubenwasserreinigungsanlage Rainitza betrieben sowie der Meuroer Graben vom Eisenhydroxidschlamm (EHS) beräumt. Die Arbeiten am Restloch Meuro sind weitestgehend abgeschlossen, die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren können erarbeitet und beim LBGR eingereicht werden.

Im Bereich der Restlochekette liegen die Schwerpunkte bei der Sanierung der Brückenfeldkippe und der Herstellung des Ableiters Sedlitz. Die Rodungen und vorbereitende Maßnahmen auf der Brückenfeldkippe laufen und ab 16. Januar 2024 soll mit dem schonenden Sprengverdichten begonnen werden. Um die Bürger und die Stadtverwaltung zu informieren gab es bereits mehrere öffentliche Veranstaltungen. Ab 2026 ist die Wiederherstellung des Geländes geplant.

Mit der Restlochekette sollen die 4 Seen mit ca. 4000 Hektar Wasserfläche und den schiffbaren Überleitern zur Nutzung übergeben werden. Beim Ableiter ist der Erdaushub auf ca. 950 Meter, der Einbau der Tondichtbahn auf ca. 800 Meter, der Einbau der Auffüllung auf ca. 600 Meter sowie die Montage einer Wildbrücke erfolgt.

Außerdem soll im Sedlitzer See das Totholz mittels schiffsgebundener Technik beräumt werden.

Im Projekt 028 Tagebaufelder Lauchhammer liegt ein Schwerpunkt am Bergheder See. Im nördlichen Bereich erfolgten Sicherungs- und Verwahrungsarbeiten von Filterbrunnen und Grundwassermessstel-

len. Die Sicherung der Südböschung erfolgt in 2024. Die vorbereitenden Leistungen der Holzung beginnen Ende 2023. Weiterhin werden die Sicherungsarbeiten an der Ostböschung am Restloch 131 durchgeführt. Das Brückenbauwerk an der L 60 wird errichtet.

Im Projekt 024 – Restlöcher/Halden Raum Lauchhammer sind die Sanierungsleistungen für das Restloch 38 sowie die EHS-Beräumung des Hammergrabens abgeschlossen, die Konditionierung der Restlöcher 28 und 112 werden in 2024 fortgeführt.

Der Schwerpunkt im Projekt 143 – Schwarze Elster/Vorflut Senftenberg ist die Errichtung der Wasserbehandlungsanlage (WBA) Plessa. Hier sind noch Restleistungen zu erledigen. Der Probebetrieb verzögert sich, da es Lieferschwierigkeiten am Markt gibt. Gestartet soll nun im II. Halbjahr 2025 mit dem Probebetrieb. An diesen schließt sich der einjährige Einfahrbetrieb an.

Herr Scheufele bedankte sich für die Ausführungen und eröffnete die Diskussion.

Herr Loehr wollte wissen, ob es einen Zuleiter zum Restloch Greifenhain gibt.

Herr Richter erläuterte, dass der See am Anfang über eine Leitung aus der Rainitza geflutet worden ist. Allerdings passiert dies schon seit mehreren Jahren nicht mehr. Das Wasser im See steigt aufgrund des Quellaufkommens mit dem Grundwasseraufgang, jährlich zwischen 50 und 80 Zentimeter, je nach Niederschlagsmengen.

Herr Stahlberg fragte nach der möglichen zu behandelnden Wassermenge in der WBA Plessa.

Herr Richter antwortete, dass 1,6 Kubikmeter pro Sekunde in der Anlage behandelt werden können.

Herr Burchardt wünschte Ausführungen zu den gesperrten Flächen in Lauchhammer und erkundigte sich nach dem Ableiter des Klinger Sees, warum der Zulauf erst parallel zu See verläuft und wie der See gespeist werden soll.

Herr Richter führte aus, dass es im Planfeststellungsbeschluss geregelt ist, dass der See über die Tranitz gespeist werden soll, je nach Verfügbarkeit. Die Zuleitung musste aufgrund der geotechnisch sicheren Zugänglichkeit so gewählt werden. Es gibt keinen anderen Böschungsbereich, der befahrbar ist. Der Ableiter aus dem See ist im Westen des Restloches geplant, somit ist eine Durchmischung zwischen Ein- und Auslauf gewährleistet.

In Lauchhammer sind die Bürger in der Külzstraße als auch im Pappelweg umgesiedelt. Es erfolgen die Planungen für die Rückbauarbeiten. Die Sachverständigen entwickeln einen Gesamtplan für das ganze Areal. Es wird davon ausgegangen, dass die Sicherung und Sanierung bis Mitte der 2030iger Jahre andauern wird.

Herr Böhmer erkundigte sich, wieso die LMBV die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausschöpft und erwartet eine Übersicht ab 2021, welche Mittel nicht verausgabt worden sind.

Herr Richter legte dar, dass die Arbeiten der LMBV viel kleinteiliger geworden sind. Es gibt keine großen Rückbaumaßnahmen oder Massenbewegungen mehr. Die Minderausgaben basieren meist auf Kapazitätsproblemen am Markt. Die Jahresabrechnung wird in der nächsten Berichterstattung in 2024 vorgestellt.

Herr Böhmer wollte wissen, warum die Planung zur Dichtwand Lohsa II und die Umsetzung bis 2038 andauern sollen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die jährlichen Kosten für Bekalkung, Beflockung und Beräumung an der Vorsperre jährlich 10 Millionen Euro kosten. Weiterhin wurde gefragt, wie sichergestellt wird, dass die Technik der LEAG für den Dichtwandbau zum gegebenen Zeitpunkt zur Verfügung steht.

Zum Protokoll nachgereicht:

Die Planungs- und Genehmigungsphase wird bis Ende der 20er Jahre andauern. Der Bau der Dichtwand ist in den 30er Jahren vorgesehen. Im 1. Halbjahr 2024 finden noch Abstimmungen in den Gremien statt. Im Anschluss daran kann eine detaillierte Zeitschiene erstellt werden.

Herr Richter stellte klar, dass es sich bei der Umsetzung dieses Projektes um ein Budget von einem hohen zweistelligen, ggf. sogar dreistelligen Millionenbetrag handelt. Dies gilt es vergaberechtskonform vorzubereiten und umzusetzen, daran ist die LMBV als Bundesunternehmen gebunden. Es muss grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden, sofern das Alleinstellungsmerkmal der Lausitzer Dichtwandtechnologie nicht bestätigt wird. Dann erfolgen die Vergabe bzw. die Beauftragung der LEAG (LE-B) bzgl. der Planungen, auch die naturschutzfachlichen Untersuchungen sowie der eigentliche Bau. Es handelt sich um eine Dichtwand ca. 7 Kilometer lang und bis zu 100 Meter in die Tiefe. Das alles wird seine Zeit in Anspruch nehmen, aus heutiger Sicht bis 2038.

Herr Kullick erkundigte sich nach der Zeitschiene bis zur Freigabe der Flächen in Seese-Ost.

Herr Richter erläuterte, dass in den nächsten 2 Jahren die schonende Sprengverdichtung fortgesetzt wird. Wenn die Analysen die Verdichtungserfolge nachweisen, werden die Flächen wiederhergestellt. Dafür müssen die Erdmassen angefahren werden. Heutige Zielstellung ist, die Flächen mit dem See Anfang der 2030iger Jahre in die Nutzung zu geben.

Herr Lalk fragte, ob es Abstimmungen zwischen LMBV und LEAG zur Errichtung der Straße Grötsch-Mulknitz gibt und wie der Zeitplan für die Baumaßnahme aussieht.

Herr Richter führte aus, dass es eine Arbeitsgruppe zum Nordraum gibt und dort alle Abstimmungen mit der LEAG laufen. Zur Zeitschiene sind die Ausführungen unter Seite 2, 2. Absatz, Bereich Tagebau Jän-schwalde.

Herr Böhmer wollte wissen, ob das Stauvolumen des Speicherbeckens Lohsa II nur voll genutzt werden kann, wenn die Dichtwand gebaut ist und wie die Differenz zum jetzigen Stauvolumen ist.

Herr Richter legte dar, dass der Abstrom des SB Lohsa II in Richtung Spreewitzer Rinne sehr hoch ist. Durch den Bau der Dichtwand werden diese Verluste stark reduziert. In der Vergangenheit sind Verlustmengen im Jahr von mehr als 25 Millionen Kubikmeter registriert worden.

Herr Richter informierte die Mitglieder anhand der Folien in der Anlage 4 zu den geplanten Verdichtungsleistungen auf den Innenkippen der LMBV. Nach den Grundbruchereignissen ab 2010 wurden in der Lausitz große Flächenareale gesperrt. Der daraufhin gegründete geotechnische Beirat begleitete die weitere Bearbeitung. In den letzten beiden Jahren wurde eine Priorisierung der Innenkippen vorgenommen. Diese soll nun vorgestellt werden, zuerst in den Braunkohlenausschüssen von Brandenburg und Sachsen, danach in den Landratsämtern und Zweckverbänden.

Es wurden Kriterien zur Ableitung von Prioritäten herausgearbeitet. Liegen Gefährdungen von Ortschaften oder stark genutzten Bereichen (Uferbereiche von Seen, Sicherung von Infrastruktur) vor, wurden die Flächen in die Priorität 1 eingestuft. Es wurde versucht einzuschätzen, was in den nächsten 15 bis 20 Jahren von der LMBV, den Sachverständigen, den Baufirmen für Spezialaufgaben aber auch bei der Finanzierung leistbar ist.

Nach heutigem Stand wird eingeschätzt, dass von den in Brandenburg gesperrten 33.800 Hektar in den nächsten 15 bis 20 Jahren ca. 24.455 Hektar mit ca. 343 Millionen Euro gesichert und der Folgenutzung übergeben werden können. Dazu kommen ca. 2.000 Hektar, die unter besonderen geotechnischen Verhaltensanforderungen nutzbar sind. Das entspricht 78 % der gesperrten Flächen, die freigegeben werden

könnten. Die Innenkippen der Tagebaubereiche Schlabendorf-Süd, der Südteil von Seese-West mit der Kleptna-Niederung, Spreetal und Lohsa zählen zu den Hochrisikogebieten. Hier geht man von einer Größenordnung von voraussichtlich 400.000 bis 600.000 Euro pro Hektar für die geotechnische Sicherung aus (Stand 2020). Die Entscheidung zum Umgang damit muss zum späteren Zeitpunkt unter gesamtwirtschaftlicher Sicht getroffen werden.

Herr Böhmer schlug vor, die Gebiete wie Schlabendorf-Süd zu Wildnisgebieten zu machen. Wenn 15 bis 20 Jahre diese Flächen nicht angefasst werden, entwickeln sie sich ohnehin dazu. Es ist unabhängig davon von der Bundesregierung vorgesehen, Wildnisgebiete durch die Länder auszuweisen zu lassen. Da könnte Brandenburg vorangehen.

Herr Richter erläuterte, dass diese Fragen inklusive der Flächenübernahme in den nächsten Jahren im Land geklärt werden müssen.

Herr Sell begrüßte die Ausführungen der LMBV und führte aus, dass diese Thematik nicht nur unter finanziellen sondern auch unter den genehmigungsrechtlichen Aspekten betrachtet werden muss. Alle Maßnahmen, die die LMBV durchführen muss, sind in den Abschlussbetriebsplänen geregelt. Diese Abschlussbetriebspläne sind in der Regel in den neunziger Jahren erstellt worden. Da sind die Probleme mit der geotechnischen Sicherheit in dem Ausmaß noch nicht bekannt gewesen. Daher hat das LBGR die LMBV aufgefordert, eine Übersicht zur Abarbeitung der Abschlussbetriebspläne zu erstellen und ein Sanierungskonzept für alle Bereiche vorzulegen. Das LBGR hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich schwerpunktmäßig damit beschäftigt, momentan erfolgt die Bestandsaufnahme. Die Gefahrenabwehr hat oberste Priorität. In den nächsten Jahren wird dieses Thema intensiv bearbeitet, auch eine Etablierung von Wildnisentwicklungsflächen wird mitbetrachtet.

Herr Scheufele dankte Herrn Richter für die Ausführungen und rief TOP 5 auf.

TOP 5 Verschiedenes

Herr Scheufele informierte über eine Anfrage laut Geschäftsordnung von Herrn Bedrich zu Beschäftigungseffekten der Gigawattfactory und bat Dr. Koch um Beantwortung.

Herr Dr. Koch erklärte, dass die Anfragen Bezug nehmen auf den Vortrag von Herrn von Oesen in der 101 Sitzung.

1. *Welche Beschäftigungseffekte erwartet die LEAG durch die Errichtung der erneuerbaren Energien im Bereich der Bergbaufolgelandschaft?*

Die LEAG geht davon aus, dass es neue Jobprofile geben muss, die sich im Bereich der Erneuerbaren Energien, auf Speichertechnologien, Anlagen zur Wasserstoffnutzung sowie deren Entwicklung, Realisierung und Betrieb fokussieren. Das heißt, das vorhandene Personal muss entsprechend qualifiziert werden und es gibt Ausbildungspartnerschaften mit verschiedenen Partnern, unter anderem E.DIS und der Deutschen Bahn.

2. *Wie viele Beschäftigte aus den bisherigen Geschäftsfeldern werden mit welcher Qualifikation für die Gigawatt Factory benötigt?*

Nach den jetzigen Planungen werden ca. 1.350 Beschäftigte für die Gigawattfactory benötigt. Dafür sollen 500 bis 700 Arbeitnehmende aus dem Unternehmen qualifiziert werden. Weiterhin werden die Aufgaben im Bereich der Braunkohlegewinnung/Rekultivierung parallel fortbestehen.

3. Wann beginnen die Qualifikationsmaßnahmen für die Beschäftigten?

Dafür gibt es den Qualifizierungsverbund für erneuerbare Energien QLEE. Die Laufzeit ist angesetzt von 2021 bis 2025. Erste Qualifizierungen sind in 2022 angelaufen. In 2023 werden 400 Teilnehmende erwartet.

Herr Böhmer wollte wissen, woher das Wasser für die angedachte Wasserstoffproduktion kommen soll, bei der absehbaren Wasserknappheit in der Region.

Herr Dr. Koch legte dar, dass es noch zu klären ist, woher und wieviel Wasser entnommen werden darf, ob aus dem Grundwasser oder den Oberflächengewässern. Es wird davon ausgegangen, dass die Produktion von Wasserstoff hier in der Region in überschaubarer Größenordnung erfolgen wird, der Großteil des eingesetzten Wasserstoffs wird Deutschland importieren müssen.

Herr Böhmer fragte nach dem geänderten Sicherheitsbereich am Cottbuser Ostsee und die Auswirkungen auf die geplanten Maßnahmen.

Herr Sell stellte klar, dass der Sicherheitsbereich im Abschlussbetriebsplan festgeschrieben ist. Dazu gibt es keine Änderungen. Für die derzeit durchgeführten Sanierungsmaßnahmen werden einzelne Bereiche konkret festgelegt aufgrund geotechnischer Kriterien.

Herr Stahlberg kritisierte den Versand des Briefes an die Staatskanzleien ohne eine Endabstimmung im Gremium. Seine Vorschläge sind nicht komplett übernommen und in Bezug auf die UBA-Studie sieht er daher ein Problem.

Herr Scheufele führte aus, dass der Vorstand dies so entschieden hat.

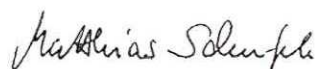
Herr Loehr begrüßte diese Arbeitsweise und vertrat die Auffassung, dass der gewählte Vorstand durchaus dafür die Kompetenz hat.

Herr Stahlberg und Herr Schuster sahen diese Verfahrensweise nicht in der Geschäftsordnung geregelt.

Herr Stahlberg beanstandete, dass Anfragen unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes abgehandelt werden und schlug vor, dafür einen eigenständigen Tagesordnungspunkt zu erstellen.

Frau König bat darum Entschädigungsanträge bis 11.12.2023 bei der Geschäftsstelle einzureichen.

Herr Scheufele bedankte sich für die konstruktive Arbeit, wünschte eine besinnliche und friedliche Adventszeit und beendete die Sitzung.



.....
Matthias Scheufele
Vorstandsmitglied des Braunkohlenausschusses



.....
Angiola König
Leiterin der Geschäftsstelle